

An den
Kreistagsvorsitzenden
Herrn Gerald Herber
Kreishaus
Wilhelmshöher Allee 19-21
34117 Kassel



Kassel, 19. Oktober 2010

Sehr geehrter Herr Herber,

bitte setzen Sie folgenden Änderungsantrag zu TOP 14 auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 4. November 2010:

Auswertung der Expertenanhörung vom 27. Mai 2010

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass die Hessische Landesregierung dem mehrheitlich in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung und im Kreistag des Landkreises Kassel beschlossenen Konzept zur Entwicklung der Region Kassel ablehnend gegenübersteht.

Der Kreistag bekräftigt seinen Beschluss vom 20. Mai 2009 und fordert die Hessische Landesregierung auf, ihre Position zu überdenken und die Region Kassel in ihrer Entwicklung nicht weiter zu behindern.

Begründung:

Die im Rahmen der Expertenanhörung am 27. Mai 2010 vom Vertreter des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vertretenen Positionen und vorgebrachten Argumente sind nicht überzeugend bzw. können einfach entkräftet werden. Problematisch ist bereits, dass die Hessische Landesregierung nahezu gleichlautend Positionen aus dem Jahr 2004 auf der Basis eines Berichtsantrages der FDP-Landtagsfraktion wiederholt. Sie verkennt dabei, dass sich seit 2004 die Rahmenbedingungen für die interkommunale Zusammenarbeit auf Regionsebene entscheidend verändert haben. Die positiven Erfahrungen der Regionen Hannover und Aachen werden augenscheinlich in Wiesbaden nicht wahrgenommen.

Das Argument der Hessischen Landesregierung, dass eine gleichmäßige Entwicklung der Verwaltung in Hessen durch die Bildung einer Region Kassel gestört wird, fällt auf die Landesregierung selbst zurück, die regelmäßig durch Beschlüsse zur Behördenstruktur gerade die ländlichen Regionen in Hessen benachteiligt.

Auch das Argument, dass eine Region Kassel in Nordhessen zu dominant ist, ist nicht überzeugend. Die Dominanz oder Nichtdominanz einer Region bzw. einer Gebietskörperschaft ergibt sich in der Regel nicht aus ihrer Verwaltungsstruktur. Wenn die Landesregie-

Die Sorge, dass eine Dominanz des Raums Kassel gegenüber den anderen nordhessischen Gebietskörperschaften befürchtet, missversteht sie die innere Logik der Bildung einer Region Kassel, die ja gerade dazu führen soll, dass neben der Region Kassel auch ganz Nordhessen von einem nachhaltig leistungs- und zukunftsfähigem Oberzentrum profitiert. Die Frage der Finanzierung einer Region Kassel ist eine sicherlich nur mittelfristig zu lösende Problematik. Allerdings könnte man – bei gutem Willen der Landesregierung –, bis zu einer grundsätzlichen Neustrukturierung des Finanzausgleichs in Hessen der Region Kassel das Zuweisungsvolumen durch Spezialregelungen gewähren, über das Stadt und Landkreis Kassel in der Summe bereits derzeit verfügen (ähnlich den Regelungen für die Sonderstatusstädte).

Der Sorge, dass kleine Gemeinden in einem Regionsparlament nicht ausreichend repräsentiert wären und dass es deshalb zu mangelnder Akzeptanz in der Bevölkerung kommen könnte, könnte die Hessische Landesregierung in der Weise begegnen, in dem sie die Regionsbildung nicht zuletzt mit Blick auf die demographische Entwicklung in Nordhessen offensiv und aktiv unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrike Gottschalck
Fraktionsvorsitzende